

Essen, 13. Juli 2009

An Oberbürgermeister Dr. Reiniger als Wahlleiter  
Kommunalwahlausschuss des Rates der Stadt Essen  
hier: Sitzung zur Wahlzulassung am 16. Juli 2009

### **Offener Brief**

#### **Keine Zulassung der NPD und neofaschistischer Parteien zur Kommunalwahl in Essen**

Mitglieder und Unterstützer des überparteilichen Kommunalwahlbündnisses *Essen steht AUF* fordern den Wahlausschuss der Stadt Essen auf, die NPD, die Republikaner und Pro Essen nicht zur Kommunalwahl zuzulassen.

Die **NPD** arbeitet mit der sog. Essener Kameradschaftsszene, unter dem Namen „Aktionsgruppe Essen“ (AG Essen) auftretend, zusammen, die als faschistische Schlägertruppen berüchtigt sind.

- 136 Todesopfer in den letzten zehn Jahren haben Neonazis in Deutschland auf dem Gewissen.
- Allein am 1. Mai 2009 wurden mindestens drei Fälle bekannt, wo NPD-Aktivisten oder Sympathisanten Gewerkschaftskundgebungen überfallen haben (Dortmund, Rotenburg an der Wümme und Nordhausen in Thüringen).
- Seit ihrer Gründung betreibt die „AG Essen“ eine Website, die faschistische Propaganda verbreitet.
- NPD und „Kameradschaften“ bedrohen mit Mordandrohungen und Überfällen auch den Essener Gewerkschaftssekretär Rainer Sauer.

Es muss damit gerechnet werden, dass im Wahlkampf in Essen die NPD aggressiv gegen demokratische Wahlkandidaten und politisch Andersdenkende vorgehen wird. Die NPD hat wiederholt bewiesen, dass sie demokratische Rechte für ihre faschistische Propaganda missbraucht, die laut Grundgesetz (Potsdamer Abkommen) verboten ist.

Sie sollte deshalb zu den Kommunalwahlen nicht zugelassen werden, ebenso zwei weitere Bewerber:

Das Kommunalwahlprogramm von **Pro Essen** besteht zu zwei Dritteln aus rassistischen Forderungen. Die Verbreitung von Rassismus verstößt gegen die Menschenrechte.

Im Rat der Stadt Essen haben sich die **Republikaner** mit An- und Beiträgen zur Diskriminierung von Essenerinnen und Essenern hervorgetan, die oder deren Eltern aus anderen Ländern hierher immigriert sind. Auch ihre Tätigkeit ist durch Rassismus geprägt und verstößt damit gegen die Menschenrechte.

Mit freundlichen Grüßen

*Bodo Urvat - Vorstandssprecher Essen steht AUF*  
*Dietrich Keil – Ratsherr Essen steht AUF*